Presseerklärung des BVT*

Berlin, am 19.11.2026

Bundesverband Trans* e.V.
Tempelhofer Damm 156
12099 Berlin
Tel: 030 23 94 98 96

info@bundesverband-trans.de
www.bundesverband-trans.de

Trans Day of Remembrance 2026 – Erinnern heißt Verantwortung übernehmen: Trans*feindliche Gewalt bekämpfen und trans* Personen schützen!

Am 20. November begehen trans*, nicht-binäre und gender-nonkonforme Communities weltweit den Trans Day of Remembrance (TDoR). An diesem Tag erinnern wir an jene, die durch trans*feindliche Gewalt und Diskriminierung ihr Leben verloren haben. Der TDoR ist ein Tag der Trauer und des Gedenkens. Zugleich ist er ein Tag der Mahnung und des politischen Handelns: Trans*, nicht-binäre und gender-nonkonforme Personen müssen überall sicher, selbstbestimmt und in Würde leben können.

Trans*feindliche Gewalt ist weltweit weiterhin eine tödliche Realität. Das Trans Murder Monitoring (TMM) von Trans Europe and Central Asia (TGEU) dokumentiert auch in diesem Jahr die weltweit veröffentlichten Morde an trans* und gender-nonkonformen Personen. Zwischen dem 1. Oktober 2025 und dem 30. September 2026 wurden weltweit 273 Morde registriert – das ist ein Mord alle 32 Stunden. Seit Beginn des Monitorings im Jahr 2009 wurden damit weltweit mehr als 5.500 Morde dokumentiert.

Die Zahlen bilden nur einen Teil der tatsächlichen Gewalt ab. Viele Morde werden nicht angezeigt, nicht als trans*feindlich erkannt oder aufgrund von Misgendering und fehlender Anerkennung der geschlechtlichen Identität der Opfer nicht entsprechend erfasst. Teils fehlen Ressourcen in den Communities, um Morde zu dokumentieren und zu melden. Die tatsächliche Zahl der Morde dürfte daher deutlich höher liegen.

Gewalt trifft nicht alle trans* und gender-nonkonformen Personen gleichermaßen: 95 % der ermordeten Personen waren trans* Frauen oder transfeminine Personen. 75 % der Personen, die tödliche Gewalt erfuhren, waren Schwarz oder of Color. Die am stärksten betroffene Berufsgruppe waren weiterhin Sexarbeiter*innen mit 32 % der ermordeten Personen.

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Trans*feindlichkeit, Rassismus, Sexismus und die Abwertung von Sexarbeit verschränken sich tödlich. Eine wirksame Bekämpfung trans*feindlicher Gewalt kann nur intersektional gedacht werden.

Purity Tumukwasibwe, Vorstandsmitglied bei TGEU, erklärt dazu: „Als Schwarze trans* Frau und Geflüchtete lebe ich in ständiger Angst, mein Leben zu verlieren. Während andere ihren Alltag mit einem Gefühl der Sicherheit bestreiten, müssen Schwarze trans* Frauen wachsam bleiben und stets auf der Hut sein. Unsere Sicherheit ist niemals garantiert. Diese Morde sind nicht nur Zahlen in einem Bericht; es sind unsere Freund*innen, Kolleg*innen, Geschwister, Eltern und Mitglieder unserer Communities. Da diese Morde von Jahr zu Jahr zunehmen, fordern wir mehr als nur Mitgefühl: Wir fordern Gerechtigkeit, ordnungsgemäße Ermittlungen und Verantwortungsübernahme für jedes geraubte Leben. Schwarze trans* Frauen verdienen das Recht, sicher, frei und in Würde zu leben."

In Europa wurden 13 Morde an trans* Personen in dem aktuellen Berichtszeitraum registriert. Damit wurden so viele Fälle gemeldet wie in den Jahren 2024 und 2025 zusammen. Fast alle Ermordeten waren trans* Frauen oder transfeminin. Die Mehrheit der ermodeten Personen in Europa hatte Migrationserfahrung. Für Deutschland wurde kein Mordfall gemeldet. In polizeilichen Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität zeigt sich jedoch auch, dass trans* Personen in Deutschland zunehmend von Anfeindungen und Gewalt betroffen sind: Für das Jahr 2025 wurden bundesweit 1.294 Fälle von Hasskriminalität in der Kategorie „Geschlechtsbezogene Diversität" gemeldet, darunter 112 Gewalttaten. Die Zahlen umfassen Straftaten gegen trans*, nicht-binäre und intergeschlechtliche Personen. Es ist auch hier von einer Untererfassung auszugehen, da viele Betroffene Übergriffe nicht anzeigen.

Kalle Hümpfner, fachliche Leitung der gesellschaftspolitischen Arbeit beim BVT, sagt dazu:* „Ein Mord stellt die höchste Eskalationsstufe von Gewalt dar. Wenn Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität angegriffen oder bedroht werden, ist das ein Alarmzeichen und ein dringender Auftrag zu handeln. Politik und Gesellschaft müssen Verantwortung übernehmen und konsequent gegen die Entmenschlichung von trans* und nicht-binären Personen eintreten. Konkrete politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Hasskriminalität sowie die ausreichende und verlässliche Finanzierung von Unterstützungsangeboten für Personen mit Gewalterfahrung sind unerlässlich. Dabei muss sichergestellt werden, dass insbesondere die Perspektiven der am meisten von Gewalt betroffenen Personen berücksichtigt werden."

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Besonders gefährdet sind dabei Personen, die intersektionale Diskriminierung erfahren – Schwarze, migrantisierte, geflüchtete, behinderte oder arme trans*, nicht-binäre oder gender-nonkonforme Personen oder trans*, nicht-binäre oder gender-nonkonforme Personen of Colour.

Erinnern heißt Verantwortung übernehmen. Wir gedenken der Ermordeten und stehen solidarisch an der Seite all jener, die tagtäglich gegen Trans*feindlichkeit kämpfen. Wir erinnern auch an jene, die in keiner Statistik auftauchen: Menschen, deren Namen und Identitäten nach ihrem Tod nicht anerkannt wurden, deren Geschichten unsichtbar gemacht oder vergessen sind und die aufgrund von Ausgrenzung, Diskriminierung und fehlender Unterstützung keine Möglichkeit hatten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Trans*leben sind schützenswert. Das gilt nicht nur am 20. November, sondern an jedem Tag des Jahres.

Zum Weiterlesen:

Trans Murder Monitoring 2026 (November 2026): https://tgeu.org/trans-murder-monitoring-2026-shows-that-every-32-hours-a-trans-person-was-murdered/

Factsheet bundesweite Fallzahlen 2025 politisch motivierte Kriminalität (Juni 2026): https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI26013-factsheet2025.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!